

Aus Spekulationen werden Fakten

Kreisjugendring lädt Landtagsabgeordnete zum zweiten Schulden-Gipfel ein

Von unserem Mitarbeiter
RALF WEISKOPF

LANDKREIS KITZINGEN Die einen machen Landespolitik in München, die anderen Jugendpolitik im Landkreis. Während die in München über Zuschüsse entscheiden, möchten die im Landkreis sie gerne haben. Die Rede ist von den Landtagsabgeordneten Karin Radermacher und Dr. Otto Hünnerkopf und dem Kreisjugendring (KJR).

Am Montag taten sie das, was auch die hohe Politik in Zeiten von Ratlosigkeit gerne tut. Sie trafen sich zu einem Gipfel-Gespräch, genauer gesagt zum zweiten Schulden-Gipfel. Um dem Treffen eine besondere Symbolik zu verleihen, wählte man, analog zur Verschuldung, den höchsten Punkt im Landkreis, das Kaminzimmer im Schloss auf dem Schwanberg.

Eine kurzes, aber inhaltsreiches Gespräch hatte KJR-Vorsitzender Marco Maiberger angekündigt. Er kündigte als Themen die Finanzierung der Jugendarbeit, Jugendarbeitslosigkeit, Schule und „Themen die sonst noch interessieren“ an. Teilnehmer an dem Kamingsgespräch waren neben dem Vorstand des KJR ehrenamtliche Jugendleiter aus dem Landkreis.

Proteste wegen Kürzungen

Herbert Köhl, Geschäftsführer des KJR, stellte die finanzielle Situation der Vereinigung vor. Die habe seit den Sparbeschlüssen der Landesregierung im Jahr 2004 deutlich gelitten (wir berichteten). Um 15 Prozent, nach ursprünglich geplanten 30 Prozent, wurden die Mittel für Jugendarbeit gekürzt. Zahlreiche Proteste waren die Folge.



Ein Zertifikat für besonderen Einsatz für die Jugendarbeit im Landkreis erhielten die Landtagsabgeordneten Karin Radermacher und Dr. Otto Hünnerkopf (Zweiter von rechts) am Montagabend beim zweiten Schulden-Gipfel des Kreisjugendring auf dem Schwanberg. Übergeben wurde die Auszeichnung vom Vorsitzenden Marco Maiberger (links im Bild) und dem Vorstandsmitglied Sven Appold.

FOTO RALF WEISKOPF

„Im Vorjahr konnten wir nur Spekulieren, heute haben wir Fakten“, stellte Köhl fest. Während der Landkreis zu seiner zugesicherten Förderung stehe und die Jugendarbeit mit 65 000 Euro unterstütze, sehe die Sache beim Bayerischen Jugendring (BJR) anders aus. Man habe 2003 Zuschüsse in Höhe von 4564 Euro für Jugend-Bildungsmaßnahmen beantragt und 1820 Euro bekommen.

In den Jahren 2004 und 2005 sei das Kontingent auf 700 Euro gekürzt worden. Der KJR musste deshalb sein Angebot an Jugendbildung enorm zurückfahren, beziehungsweise die Teilnehmergebühren um bis zu 50 Prozent erhöhen, so Köhl. Viele Teilnehmer seien aber weder in der Lage noch willens so viel zu bezahlen, schilderte Maiberger die Folgen.

Ähnliches berichteten die Jugendverbände. Von 22 befragten Verbänden hätten 14 erklärt, die Gebühren erhöhen zu müssen, acht berichteten, dass Angebote ausfallen und lediglich bei sieben habe die Sparpolitik keine Auswirkungen gezeigt, berichtete Maiberger. Ein ähnliches Bild biete sich bei der Mitarbeiter-Fortbildung. Hier seien die Zuschüsse von 16,50 Euro/pro Mitarbeiter im Jahr 2004, auf jetzt acht Euro zurück gefahren worden, dazu komme ein Antrags-Stopp für Investitionen bis zum Jahr 2007.

Pflichtaufgabe der Politik

„Die ehrenamtlichen Helfer fühlen sich nicht ernst genommen und ausgehöhlt“, so Maiberger zur Gefühlslage. „Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe der Politik“, machte er deutlich. Es sei

traurig, wenn die Jugendverbände die Politiker auf diese Pflicht aufmerksam machen müssten.

Stärkere Proteste gewünscht

Auf die Frage an die Abgeordneten, ob die jetzt eingetreten Situation politisch gewollt gewesen sei, antwortete Radermacher, die CSU sei nicht so dumm, nicht gewusst zu haben welche Auswirkungen die Sparbeschlüsse haben. Sie hätte sich von den Jugendorganisationen stärkere Proteste gewünscht. Sie nannte als Beispiel die Trachtenvereine, die mit ihrer Drohung, bei Kürzungen das Oktoberfest zu boykottieren, ihre Zuschüsse behalten hätten.

Dr. Hünnerkopf warb um Verständnis. Man können nicht mehr ausgeben, als man einnehme. Es mache keinem Politiker Freude, Leistungen zu kürzen, so der Mann von der CSU.

Auch für die Zukunft sieht es nicht rosig aus. Deutlich machten dies sowohl Hünnerkopf als auch Radermacher. Stellvertretender Landrat Walter Hahn sicherte zu, dass es im Kreistag einen Konsens gebe, die Jugendarbeit wie bisher zu fördern.

Bei der Diskussion zum achtstufigen Gymnasium (G8) waren sich beide Abgeordneten einig, dass dies, zu keiner Belastung für die Jugendarbeit führen werde, wie es die Ehrenamtlichen befürchteten. Ebenso einig waren sich Hünnerkopf und seine Kollegin, dass eine Rückkehr zum neunstufigen Gymnasium der falsche Weg sei. Stattdessen müssten die, zu Beginn zweifelsohne gemachten Fehler, korrigiert werden.

Mit einem Zertifikat, das beiden Abgeordneten ein hohes Engagement in der Jugendarbeit bescheinigte, bedankte sich der Kreisjugendring bei Karin Radermacher und Dr. Otto Hünnerkopf.